

Datenschutzinformationen zum Hinweisgebersystem

Den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten nehmen wir ernst. Im Folgenden informieren wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen unseres internen Hinweisgebersystems.

Die Hinweise gelten für sämtliche Meldewege und richten sowohl an hinweisgebende Personen als auch an Personen, die Gegenstand einer Meldung sind oder darin als Zeugen, Auskunftspersonen oder sonstige Beteiligte genannt werden.

Verantwortlicher

Für die Datenverarbeitung verantwortlich sind wir:

TSR Group GmbH & Co. KG

Brunnenstraße 138

44536 Lünen

Tel.: +49 2306 106 3800

E-Mail: info@tsr.eu

Interne Meldestelle

Die interne Meldestelle ist bei der Abteilung Interne Revision & Compliance angesiedelt.

Sie erreichen die interne Meldestelle über folgende Meldewege:

- Anonymes elektronisches Hinweisgebersystem: <https://www.tsr-compliance.de/>
- E-Mail: compliance@tsr.eu
- Telefon: +49 (0) 2306 106 3855
- Brief an: TSR Deutschland GmbH & Co. KG Brunnenstraße 138, 44536 Lünen, mit dem Zusatz „Vertraulich – Compliance“ oder „Vertraulich – Geschäftsführung“
- Persönliches Gespräch nach vorheriger Vereinbarung

Datenschutzbeauftragter

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Alexander Butzek

TSR Group GmbH & Co. KG

Brunnenstraße 138

44536 Lünen

Telefon: +49 151 73067851

E-Mail: alexander.butzek@tsr.eu

Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erfüllung unserer gesetzlichen Verpflichtungen und der Aufgaben der internen Meldestelle auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO in Verbindung mit § 10 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) sowie den weiteren Vorschriften des HinSchG über die Einrichtung und Tätigkeit interner Meldestellen.

Soweit Beschäftigtendaten verarbeitet werden, kann die Verarbeitung zusätzlich auf § 26 Abs. 1 und Abs. 4 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) in Verbindung mit der Gesamtbetriebsvereinbarung zur Einführung und Anwendung eines Hinweisgebersystems gestützt werden.

Soweit eine Verarbeitung zur Aufklärung und Abstellung von Verstößen oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und keine vorrangige gesetzliche Rechtsgrundlage besteht, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Unsere berechtigten Interessen bestehen insbesondere darin, Verstöße zu erkennen und aufzuklären, Schäden abzuwenden und Rechtsansprüche durchzusetzen oder abzuwehren.

Enthält eine Meldung besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO, ist deren Verarbeitung nach § 10 HinSchG zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben der internen Meldestelle erforderlich ist. Dabei werden besondere Schutzmaßnahmen nach § 22 Abs. 2 Satz 2 BDSG getroffen.

Soweit für einzelne Verarbeitungsvorgänge eine Einwilligung erforderlich ist, insbesondere für Tonaufzeichnungen, vollständige Wortprotokolle oder bestimmte Weitergaben der Identität einer hinweisgebenden Person, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Eine Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Verarbeitete Daten und Herkunft der Daten

Abhängig vom Inhalt der Meldung und vom gewählten Meldeweg können insbesondere folgende Daten verarbeitet werden:

- Identitäts-, Kontakt- und Beschäftigungsdaten der hinweisgebenden Person, sofern die Meldung nicht anonym erfolgt
- Angaben zu Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie zu Zeugen und sonstigen Beteiligten
- Inhalt der Meldung einschließlich der Angaben zum gemeldeten Sachverhalt
- Eingereichte Dokumente, Fotos und sonstige Nachweise
- Kommunikationsdaten, Gesprächsvermerke und Protokolle
- Angaben und Ergebnisse aus der weiteren Sachverhaltsprüfung sowie getroffene Folgemaßnahmen
- Ggf. besondere Kategorien personenbezogener Daten und Angaben zu möglichen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten
- Abhängig vom Meldeweg technische Kommunikations- und Verbindungsdaten

Die Daten erhalten wir von der hinweisgebenden Person, von beteiligten oder befragten Personen, aus eingereichten Unterlagen sowie ggf. aus internen Unterlagen und Systemen oder von Behörden und anderen externen Stellen. Soweit Angaben zur Herkunft der Daten Rückschlüsse auf die Identität einer

geschützten Person ermöglichen würden, können diese Angaben aufgrund gesetzlicher Vertraulichkeits- und Geheimhaltungspflichten eingeschränkt werden.

Verarbeitungszwecke

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zu folgenden Zwecken:

- Entgegennahme, Dokumentation und Bestätigung von Meldungen
- Prüfung des Anwendungsbereichs und der Stichhaltigkeit einer Meldung
- Kommunikation mit der hinweisgebenden Person und Einholung weiterer Informationen
- Durchführung interner Untersuchungen und Kontaktaufnahme mit beteiligten Personen oder zuständigen Stellen
- Ergreifung und Dokumentation geeigneter Folgemaßnahmen sowie Abstellung festgestellter Verstöße
- Ggf. Weiterleitung an zuständige Behörden oder Gerichte
- Erfüllung gesetzlicher Dokumentations-, Rückmelde- und Aufbewahrungspflichten
- Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

Das Hinweisgebersystem wird nicht zur allgemeinen Überwachung oder zur allgemeinen Verhaltens- und Leistungskontrolle von Beschäftigten eingesetzt. Personenbezogene Auswertungen erfolgen nur, soweit dies zur Prüfung einer konkreten Meldung oder für erforderliche Folgemaßnahmen notwendig ist.

Anonyme Meldungen und technische Daten

Für die Nutzung des anonymen elektronischen Hinweisgebersystems sind keine Angaben zur Identität erforderlich. Das Formular fragt weder Namen noch E-Mail-Adresse oder Telefonnummer ab. Eine Anmeldung oder Registrierung ist nicht erforderlich. Das Formular besteht ausschließlich aus einem Freitextfeld.

Die Anwendung speichert die IP-Adresse nicht und übermittelt sie auch nicht zusammen mit der Meldung an die interne Meldestelle. Browserkennungen wie User-Agent, Referrer oder Fingerprints werden durch die Anwendung ebenfalls nicht verarbeitet oder übermittelt. Analyse- oder Tracking-Werkzeuge werden nicht eingesetzt.

Beim Hosting der Internetseite fallen Server-Logfiles an. Diese werden durch den Hostinganbieter verarbeitet.

Das Hinweisgeberportal verwendet ausschließlich das Cookie `tsr_compliance_sid`. Dieses dient dem technischen Missbrauchsschutz des Formulars, enthält eine zufällig erzeugte Zeichenfolge und wird nicht für Analyse-, Werbe- oder Trackingzwecke eingesetzt. Die Speicherung erfolgt auf Grundlage von § 25 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG. Eine gegebenenfalls damit verbundene Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO zur sicheren und missbrauchsfreien Bereitstellung des Portals.

Der Meldungstext wird verschlüsselt an das E-Mail-Postfach der internen Meldestelle übermittelt. Eine Speicherung in einer Datenbank des Portals erfolgt nicht. Nach dem Versand wird der Meldungstext durch die Anwendung serverseitig verworfen.

Auch ohne die Angabe von Kontaktdaten kann der Inhalt einer Meldung Rückschlüsse auf die Identität der hinweisgebenden Person ermöglichen. Wer anonym bleiben möchte, sollte daher im Freitext keine vermeidbaren identifizierenden Angaben machen.

Dokumentation telefonischer und persönlicher Meldungen

Telefonische und persönliche Meldungen werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben dokumentiert.

Eine Tonaufzeichnung oder die Erstellung eines vollständigen Wortprotokolls erfolgt nur mit Einwilligung der hinweisgebenden Person. Liegt keine Einwilligung vor, wird eine inhaltliche Zusammenfassung erstellt. Die hinweisgebende Person erhält Gelegenheit, ein Protokoll zu prüfen, gegebenenfalls zu korrigieren und zu bestätigen.

Wird eine Tonaufzeichnung ausschließlich zur Anfertigung eines Protokolls verwendet, wird sie gelöscht, sobald das Protokoll fertiggestellt ist.

Vertraulichkeit und Empfänger der Daten

Die Identität der hinweisgebenden Person, der Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie der sonstigen in einer Meldung genannten Personen wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vertraulich behandelt.

Zugriff auf Meldungen haben grundsätzlich nur die mit der Entgegennahme und Bearbeitung beauftragten Personen sowie unmittelbar unterstützende Personen. Soweit dies zur Prüfung einer Meldung oder für erforderliche Folgemaßnahmen notwendig ist, können Daten insbesondere an folgende Empfänger weitergegeben werden:

- Interne Revision und Compliance
- erforderlichenfalls zuständige Personen aus den Bereichen Recht, Personal oder anderen betroffenen Fachbereichen
- zuständige Entscheidungsträger innerhalb des Unternehmens
- externe Rechtsanwälte oder sonstige fachliche Berater
- zuständige Behörden, Gerichte und Strafverfolgungsstellen

Die Weitergabe erfolgt nur im erforderlichen und rechtlich zulässigen Umfang. Informationen über die Identität einer hinweisgebenden Person oder Umstände, die Rückschlüsse auf ihre Identität ermöglichen, werden nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen weitergegeben.

Das Hinweisgeberportal wird bei folgendem Dienstleister gehostet:

ALL-INKL.COM – Neue Medien Münnich
Hauptstraße 68,
027442, Friedersdorf
Deutschland

Die Server befinden sich in Deutschland. Der Hostinganbieter wird auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrags nach Art. 28 DSGVO eingesetzt. Die Meldung wird über ein bei diesem Anbieter eingerichtetes Absenderpostfach an das E-Mail-System der internen Meldestelle übermittelt.

Weitere Auftragsverarbeiter, Unterauftragnehmer, Analyse- oder Trackingdienste sind nach Angaben des Portalbetreibers nicht eingebunden.

Im Zusammenhang mit dem Portalbetrieb findet nach den vorliegenden Angaben keine Übermittlung personenbezogener Daten in Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums statt.

Die Übertragung der Meldung an das Portal und anschließend an das E-Mail-System der internen Meldestelle erfolgt transportverschlüsselt.

Speicherdauer

Der Inhalt einer Meldung wird nicht dauerhaft im Hinweisgeberportal gespeichert. Nach der Übermittlung an das E-Mail-Postfach der internen Meldestelle wird der Meldungstext durch die Anwendung serverseitig verworfen.

Die eingegangene Meldung und die weitere Verfahrensdokumentation werden grundsätzlich drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Eine längere Aufbewahrung erfolgt nur, soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen des HinSchG oder anderer Rechtsvorschriften erforderlich und verhältnismäßig ist.

Soweit Daten für arbeitsrechtliche, gerichtliche, behördliche oder sonstige Folgemaßnahmen benötigt und in entsprechende Verfahren übernommen werden, gelten hierfür die jeweils einschlägigen Aufbewahrungs- und Löschfristen.

Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Angabe der Identität und von Kontaktdaten ist bei Nutzung des anonymen elektronischen Meldekanals nicht erforderlich.

Werden keine Kontaktdaten angegeben und besteht keine Möglichkeit zur anonymen Rückkommunikation, kann die interne Meldestelle keine Rückfragen stellen, keine Eingangsbestätigung übermitteln und keine Rückmeldung zum weiteren Verfahren geben.

Für eine sachgerechte Prüfung sollte eine Meldung möglichst konkrete Informationen enthalten. Es sollten jedoch nur solche personenbezogenen Daten mitgeteilt werden, die für die Beschreibung und Prüfung des Sachverhalts erforderlich sind.

Information von Personen, die Gegenstand einer Meldung sind

Daten von Personen, die Gegenstand einer Meldung sind oder darin genannt werden, werden regelmäßig nicht unmittelbar bei diesen Personen, sondern über die hinweisgebende Person oder im Rahmen der anschließenden Sachverhaltsprüfung erhoben.

Die betroffenen Personen werden nach Maßgabe des Art. 14 DSGVO informiert. Die Information kann im gesetzlich zulässigen Umfang eingeschränkt oder zurückgestellt werden, wenn dadurch insbesondere die Vertraulichkeit, die Rechte anderer Personen, die Prüfung des Sachverhalts oder die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen beeinträchtigt würden. Ein Unterbleiben oder Zurückstellen der Information wird im jeweiligen Einzelfall geprüft und dokumentiert.

Ihre Rechte

Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, sind Sie betroffene Person im Sinne der DSGVO. Ihnen können uns gegenüber insbesondere folgende Rechte zustehen:

- Recht auf Auskunft über Zweck, Art, Umfang und Dauer der Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung der gespeicherten Daten (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung von gespeicherten Daten (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung von Daten (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Unterrichtung der Datenempfänger durch uns als Verantwortliche bezüglich der Ausübung der Rechte auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung (Art. 19 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit in maschinenlesbarer Form (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Widerruf bezüglich der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)
- Recht auf Nichtteilnahme an einer automatisierten Entscheidung (Art. 22 DSGVO) – Eine automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling im Sinne von Art. 22 DSGVO findet durch uns aber nicht statt
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Die Rechte können eingeschränkt sein, soweit durch ihre Erfüllung die Identität einer geschützten Person offengelegt, die Rechte anderer Personen beeinträchtigt oder gesetzliche Geheimhaltungs- und Vertraulichkeitspflichten verletzt würden.

Zur Ausübung Ihrer Rechte können Sie sich an den Verantwortlichen oder den Datenschutzbeauftragten wenden.

Eine ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling im Sinne des Art. 22 DSGVO findet nicht statt.